

Elternvertretungen

In der Regel sollten E. im Rat und bei besonders bedeutsamen Ergebnissen auch in der v Volksvertretung ausgewertet werden.

Elternvertretungen - von den Eltern einer Schule bzw. einer Vorschuleinrichtung auf die Dauer von 2 Jahren gewählte demokratische Organe, die die Mitverantwortung für hohe Bildungs- und Erziehungsergebnisse tragen. E. sind die Elternbeiräte und die Klassenelternaktive in den Schulen sowie die Elternaktive in den Vorschuleinrichtungen.

Die E. sind eine bedeutsame Ausdrucksform der sozialistischen Demokratie. In ihnen sind über 640 000 Bürger tätig (Statistisches Jahrbuch der DDR 1982, Berlin 1982, S. 395).

Als Interessenvertreter der Eltern sind die E. beauftragt, das Zusammenwirken von Familie und Schule bzw. Kindergarten weiterzuentwickeln, das gemeinsame Vorgehen bei der sozialistischen Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen zu fördern und die Bildungs- und Erziehungsarbeit an der betreffenden Einrichtung zu unterstützen. Sie wirken dahin, viele Eltern und andere Werk tätigen für die aktive Mitarbeit in der Schule bzw. im Kindergarten zu gewinnen. Die E. in den Schulen arbeiten eng mit der FDJ und der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ zusammen und unterstützen diese bei einer vielseitigen und interessanten Tätigkeit.

Der Elternbeirat löst die ihm gestellten Aufgaben selbständig und faßt im Rahmen seiner Zuständigkeit Beschlüsse. Er leitet die Klassenelternaktive an und koordiniert ihre Arbeit. Er trägt dazu bei, daß die Eltern als gesellschaftliche Kraft politisch und pädagogisch wirksam werden. Der Elternbeirat hilft, die Beziehungen der Schule zur Produktion zu festigen, er fördert die Patenschaftsbeziehungen zu Betrieben und Genossenschaften. Für die ordnungsgemäße Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Wahlen zu den E. sind die Räte der Kreise, Städte, Stadtbezirke und Gemeinden verantwortlich. Sie gewährleisten, daß die E. die ihnen nach den Rechtsvorschriften zustehenden Rechte voll wahrnehmen können.

Die ständigen Kommissionen und Abgeordneten arbeiten mit den E. zusammen. Sie beraten mit ihnen insbesondere Beschlußvorlagen zur Entwicklung der Volksbildung im

Territorium (—> Bildungswesen), erläutern ihnen die Beschlüsse auf diesem Gebiet und gewinnen sie für deren Verwirklichung.

VO über die Elternvertretungen an den allgemeinbildenden Schulen - Elternbeirats-VO - vom 15. 11. 1966 (GBl. II 1966 Nr. 133 S. 837); 1. DB zur Elternbeirats-VO vom 22. 5. 1967 (GBl. III 1967 Nr. 45 S. 302).

H. Büchner, Zur kommunistischen Erziehung der Schuljugend, Berlin 1980 (Der sozialistische Staat, Theorie - Leitung - Planung).

Empfehlungen des Staatsrates - spezifische Form der Unterstützung und Anleitung der Tätigkeit der örtlichen Volksvertretungen durch den —> Staatsrat der DDR.

In E. werden gute Erfahrungen und Arbeitsmethoden einzelner örtlicher Volksvertretungen verallgemeinert bzw. wird auf generelle staatliche Aufgaben orientiert mit dem Ziel, das demokratische Wirken aller Volksvertretungen zu vervollkommen und den gesamtstaatlichen Nutzen ihrer Arbeit zu erhöhen. So vermitteln E. Anregungen zu konkreten Fragen einer auf einheitlichen Prinzipien beruhenden volksverbundenen Arbeitsweise. Das betrifft z. B. die E. zur Information und Qualifizierung der Abgeordneten örtlicher Volksvertretungen vom März 1978; zur Vorbereitung und Durchführung von Rechenschaftslegungen der Abgeordneten vom Dezember 1978; zur Verantwortung der örtlichen Volksvertretungen bei der Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit, von Ordnung und Sicherheit vom Juni 1980 und 1982; zur Bildung und Tätigkeit von Abgeordneten gruppen vom November 1980; zur Tätigkeit der Volksvertretungen, ihrer Organe und Abgeordneten in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden vom Juni 1982. Häufig werten E. die in Berichten an den Staatsrat dargelegten Erfahrungen für die Weiterentwicklung im jeweiligen Bereich aus. Beispiele hierfür sind der Bericht des Bezirkstages Halle über Erfahrungen bei der Unterstützung und Qualifizierung der erstmals gewählten Abgeordneten vom November 1981 und der Bericht einer Arbeitsgruppe des Staatsrates über Erfahrungen örtlicher Volksvertretungen bei der Unterstützung der Leistungsent-